



„Klick und krank“?

CSU und Freie Wähler wollen gegen Krankschreibe-Plattformen vorgehen

Von Florian Kronfeldner

Ein Anruf genügt, anstatt sich krank zum Arzt zu schleppen: Die telefonische Krankschreibung gibt es seit über zwei Jahren – und viele nutzen das gerne bei leichten Erkrankungen wie grippalen oder Magen-Darm-Infekten. Doch offenbar wird hier wie so oft auch Schindluder getrieben. Ausländische Online-Portale versprechen eine digitale Krankschreibung gegen Gebühr und ohne das eigentlich vorgeschriebene, bestehende Arzt-Patienten-Verhältnis.

Den Regierungsfraktionen im bayerischen Landtag ist das ein Dorn im Auge. „Klick und krank“ nennen sie das Gebaren plakativ – und wollen die Staatsregierung nun bewegen, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, solche Angebote zu unterbinden. Einen entsprechenden Antrag brachten CSU und Freie Wähler am Dienstag im Gesundheitsausschuss des Land-

tags in München ein.

„Wir haben in Bayern – je nachdem, welcher Statistik man glaubt – zwischen 17 und 21 Krankheitstagen pro Arbeitnehmer im Jahr“, sagte der CSU-Abgeordnete Sascha Schnürer zur Begründung des Antrags. Es habe keiner etwas dagegen, sich bei einem bereits bestehenden Arzt-Patienten-Verhältnis die telefonische Krankschreibung zu holen. Aber sich in „irgendeinem Portal“ zu melden, „insbesondere im Ausland und ohne ausreichende Untersuchung“, wolle man unterbinden – und stattdessen die Rolle der Hausärzte stärken.

„Genau das, was im Koalitionsvertrag drinsteht“

Dem konnten Abgeordnete der anderen Parteien einiges abgewinnen. „Wir brauchen eine Änderung in der Vorgehensweise“, signalisier-

te Andreas Winhart (AfD) Unterstützung. Die SPD-Gesundheitsexpertin Ruth Waldmann warf ein: „Dieser Antrag ist genau das, was im Bundeskoalitionsvertrag drinsteht.“ Wofür sich die Staatsregierung einsetzen sollte, sei von Union und SPD so vereinbart. Nur: „Das ist noch nicht umgesetzt“, musste auch Waldmann zugestehen. Ihr sei aber wichtig: „Die telefonische Krankschreibung allgemein soll nicht diskreditiert werden.“

Andreas Hanna-Krahl (Grüne) zeigte sich skeptisch. Eigentlich seien Online-Krankschreibungen auf kommerziellen Plattformen ohne bestehendes Arzt-Patienten-Kontakt jetzt schon verboten. „Was möchtet ihr in Zukunft anders regeln?“, fragte er die Antragsteller von CSU und Freien Wählern. Die jedoch votierten gemeinsam mit SPD und AfD für den Antrag. Die Grünen enthielten sich.

Ebenfalls erschienen in: Abendzeitung München.